

**FDP- Fraktion
im Rat der Stadt Oberhausen**



*Stellungnahme zum Haushalt 2010
und zum Haushaltssicherungskonzept*

Ratssitzung am 22. März 2010

**Regina Boos, Stadtverordnete
FDP-Fraktionsgeschäftsführerin**

Es gilt das gesprochene Wort

Rede zum Haushalt 2010

Ratssitzung am 22.03.2010

Alle Jahre wieder haben wir einen Haushalt zu beraten, der wenig Spielraum zur Gestaltung bietet. Die Wirtschaftskrise tut ihr übriges, selbst diesen kleinen Spielraum noch zu beschneiden. Mehr denn je sind Phantasie und Mut gefragt, Oberhausen in eine bessere Zukunft zu führen.

Der Kulturhauptstadt sei es gedankt, dass in Oberhausen zukunftsweisende Projekte verwirklicht werden. Und wie schon Gerd Arlt im Kulturausschuss sagte, ist es geradezu beschämend, dass es erst einer Wirtschaftskrise bedarf, damit der Saporisha-Platz und das Bert-Brecht-Haus endlich modernisiert werden. Längst überfällige Reparaturen und Renovierungen an öffentlichen Gebäuden, Schulen und Kindergärten sind auf die einmalige Zuwendung des Konjunkturpakets II zurückzuführen. Aber was unternimmt die Stadt, um die Lebensbedingungen der Oberhausener Bürger zu verbessern?

Da sehen wir noch erheblichen Nachholbedarf.

Um die Oberhausener Innenstadt zu beleben, halten wir es für zwingend notwendig, endlich auf kurzfristige Einnahmen aus Parkgebühren zu verzichten und stattdessen auf langfristige Gesundung der Marktstraße und Umgebung zu setzen.

Für ebenfalls kurzfristig halten wir die Einführung einer Übernachtungssteuer unter dem Deckmantel einer „Kulturabgabe“! Die Branche, die als hervorstechende in Oberhausen erfreulich erfolgreich ist und stetig wächst, soll hier zur Kasse gebeten werden. So werden falsche Signale gesetzt. Die Touristik-Branche zu schwächen hat zur Folge, dass die Gastronomie und der Einzelhandel mit in Mitleidenschaft gezogen werden. Zudem werden gerade aufgehobene Wettbewerbsnachteile durch diese neue Abgabe zementiert. Es kann nicht Aufgabe des Rates sein, Bundespolitik zu konterkarieren.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer-Hebesätze muss zurückgenommen werden. Statt investitionswillige Unternehmer mit Abgaben auf bundesweit höchstem Niveau abzuschrecken, sollte persönliches Engagement, soziale Verantwortung und private Initiative gefördert werden.

Die Schaffung wirtschaftsförderlicher Rahmenbedingungen muss in einer Stadt wie Oberhausen mit derart desolaten Finanzen oberste Priorität haben. Nur eine gesunde Wirtschaft schafft sichere und zukunftsorientierte Arbeitsplätze.

Ebenso muss der Grundsteuer-Hebesatz gesenkt werden. Diese Maßnahme entlastet nicht nur Gewerbe und Handwerk, sondern auch die Bürger unserer Stadt, die noch in der Lage sind, für ihre Wohnung selbst aufzukommen. Spürbare Entlastung bringt sie den Mietern, umso mehr, wenn der kalkulatorische Zins bei den städtischen Gebühren endlich auf ein moderateres Niveau gesenkt würde.

Bei der Genehmigung verkaufsoffener Sonntage sollte den Vorschlägen des Einzelhandels gefolgt werden. Die auferlegte gleichzeitige Öffnung in mehreren Stadtteilen ist kontraproduktiv.

Durch die Reduzierung der Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage soll vermeintlich den Familien die Zeit gegeben werden, sich umeinander zu kümmern, gemeinsam etwas zu unternehmen. Wir empfinden das als eine unerträgliche Gängelei. Ob, wie und wann Familien ihre gemeinsame Freizeit verbringen, ist ganz allein ihre Sache. Es ist nicht Aufgabe des Rates, seine Bürger zu erziehen. Wer an vergangenen verkaufsoffenen Sonntagen mal in den entsprechenden Stadtteilen war, weiß, dass sehr viele Familien, übrigens auch aus den Nachbarstädten, diese Sonntage gerne annehmen.

Die Bürger dieser Stadt sind bereit und in der Lage, mehr zu leisten als notwendig. Sie leben uns jeden Tag vor, dass kulturelles und soziales Leben von Menschen abhängt, und nicht ausschließlich von städtischen Mitteln, die ohnehin nur spärlich fließen. Wer diese Zuwendungen jedoch komplett streichen will, handelt unverantwortlich. Denn weit davon entfernt, den Haushalt Oberhausens spürbar zu entlasten, wäre der Schaden nicht wiedergutzumachen.

Trotzdem ist die Stadt verpflichtet zu sparen. Wo soll und kann dies geschehen?

Wir sind der Meinung, dass Einsparungen in der inneren Verwaltung und in den Unternehmen mit städtischer Beteiligung immer noch einiges an Potential bieten. Überprüfung auf Wirtschaftlichkeit, Beseitigung überflüssiger Verwaltungsvorgänge und Ausnutzung der natürlichen Fluktuation erscheinen uns als äußerst vielversprechend.

Die von der Bezirksregierung geforderte Nichteinstellung von Auszubildenden in der Kernverwaltung halten wir für nicht richtig. Die Vorbildfunktion der Stadt wird hier nicht erkannt. Man kann von Betrieben und Unternehmen nicht erwarten, dass sie über Bedarf ausbilden, um jungen Menschen einen guten Start ins Berufsleben zu ermöglichen, und dann selbst dieser Verpflichtung nicht nachkommen. Dabei braucht die Stadtverwaltung dringend Nachwuchskräfte, darf diese aber nicht selbst ausbilden. Wir unterstützen ausdrücklich die Bemühungen der Stadt, sich in diesem Punkt der Anordnung der Bezirksregierung zu widersetzen.

Ebenso unterstützen wir den Erhalt und die Förderung des Frauenhauses. Mag auch die Bereitstellung eines Zufluchtsortes freiwillig sein, so sind der Schutz und die Hilfe für in Not geratener Frauen absolut pflichtige, gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben, denen die Stadt nachkommen muss! Wenn also schnell und effektiv gehandelt werden soll, muss auf bürokratische und gerichtliche Umwege verzichtet werden.

Eine weitere Vorbildfunktion von Stadt und Verwaltung sehen wir hingegen als nicht ernsthaft wahrgenommen. So ist der Umweltgedanke hier anscheinend immer noch nicht angekommen. Der Passivhaus-Standard für städtische Neu- und Umbauten wird immer noch nicht ernsthaft angegangen. Die Einführung des Firmentickets genau wie das Trennen des Mülls bleiben Einzelaktionen oder leere Ankündigungen. Das erstaunt uns umso mehr, als wir doch die veränderten Mehrheitsverhältnisse nach der Kommunalwahl in der Tagespolitik wiederzufinden glaubten. Leider droht dieser Erneuerungsimpuls zu verpuffen.

Der Haushalt, den wir heute beraten, lässt keinerlei Spielraum für wirkliches Haushalten. Bisher hat der Rat mit breiter Mehrheit beschlossen, auch den freiwilligen Leistungen weiter nachzukommen, wenn auch eingeschränkt, und damit ein klares Zeichen gesetzt, dass Oberhausener Bürger genau so viel Anspruch auf Kultur, Bildung und Teilhabe haben wie überall im Land.

Darum ist es umso verheerender, dass in dem heutigen Begleitantrag die Bürger erneut zur Kasse gebeten werden. Das gegebene Versprechen des Rates, die Steuer-Hebesätze kritisch zu überprüfen, wurde gebrochen. Die Erfindung einer neuen, zusätzlichen Abgabe schafft Belastungen und Zumutungen, die jedes erträgliche Maß übersteigen.

Wir haben auch in diesem Jahr allen haushaltskonsolidierenden, das heißt Ausgaben senkenden Maßnahmen zugestimmt, ebenso dem NKF-Haushalt. Der neue Eifer jedoch, bei den Menschen immer dreister abzukassieren, ist für uns Liberale so gravierend, dass dies nicht ohne Folgen bleiben kann. Wir bleiben in der Solidarität gegenüber dem Düsseldorfer Diktat, müssen aber dem rot-grünen Kurs bei Steuern und Abgaben in der Gesamtabstimmung über die Haushaltssatzung eine klare Absage erteilen.